

Ressort: Politik

Corona darf kein Studium in Frage stellen

Pandemie-Überbrückungsgeld für alle

Berlin, 08.04.2020, 09:20 Uhr

GDN - Für Studierende, die das Studium nicht von ihren Eltern bezahlt bekommen, sondern neben dem Studium arbeiten müssen, stellt die Corona Krise ein existenzielles Problem dar. Ein großer Teil der von Studierenden genutzten Jobs fällt dem Kontaktverbot zum Opfer.

Der Studierendenverband Die Linke.SDS ist dem Bündnis für ein Solidarsemester 2020 beigetreten. Dazu erklärt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

Für Studierende, die das Studium nicht von ihren Eltern bezahlt bekommen, sondern neben dem Studium arbeiten müssen, stellt die Corona Krise ein existenzielles Problem dar. Ein großer Teil der von Studierenden genutzten Jobs fällt dem Kontaktverbot zum Opfer. Darauf habe ich die Regierung bereits im Sozialausschuss hingewiesen.

Dazu schlage ich ein Pandemie-Überbrückungsgeld für alle vor, deren Einkommen durch die Pandemie wegfallen.

Das betrifft Rentner*innen, Azubis, deren Unternehmen auf Kurzarbeitergeld umstellen, Menschen mit Behinderungen, deren Werkstätten jetzt geschlossen werden, Kleinunternehmen, Freiberufler*innen und Soloselbständige, deren Umsätze durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ausfallen oder stark zurückgehen, und eben auch jobbende Studierende. Wenn es das nicht gibt, müssen zumindest die bestehenden Förderinstrumente dringend an die durch die Krise veränderten Bedingungen angepasst werden.

Kein Studium darf an Corona scheitern. An diesem Ziel muss sich Bildungsministerin Karliczek messen lassen."

Fabian Korner vom Bundesvorstand Die Linke.SDS, sagt:

Knapp zwei Drittel aller Studierenden sind auf ihre Jobs angewiesen, die sie durch die Krise nun verloren haben. Wir fordern daher ein Aussetzen der Mietansprüche durch Studierendenwerke. Die wegfallenden Einnahmen sollen durch Land und Bund kompensiert werden. Zudem sollte das BAföG an die Situation angepasst werden: Die Förderungshöchstdauer muss verlängert werden und es werden Not-Kriterien benötigt, die den eigenen durch die Krise bedingten Einkommensausfall oder den der Eltern mit berücksichtigen. Für Studierende, die keinen BAföG-Anspruch haben, ist unbürokratische Soforthilfe notwendig.

Zwar fordern wir prinzipiell ein ausreichendes BAföG, so dass sonstige Studienkredite ihre Notwendigkeit verlieren. Dennoch sind aktuell viele Studierende de facto auf Studienkredite angewiesen. Viele haben bereits Kredite aufgenommen, deren Fristen den Krisenbedingungen angepasst und um mindestens sechs Monate verlängert werden müssen. Studierenden im Sommersemester dürfen keine Langzeit- oder Zweitstudiengebühren, sowie Studiengebühren für ausländische Studierende verlangt werden.

Margarita Kavali, Bundesvorstand Die Linke.SDS, ergänzt:

Die aktuelle COVID-19-Pandemie stellt auch den Hochschulbereich vor erhebliche Herausforderungen. Konkrete Problemlagen ergeben sich bereits in der Semestergestaltung. Hochschulen sind nicht auf eine flächendeckende Umstellung ihrer Lehre auf ein digitales Studium eingestellt. Neben Defiziten bei der Qualifikation der Lehrenden und der digitalen Infrastruktur zeigt sich auch bildungswissenschaftlich, dass digitale Lehre erst in Kombination mit Präsenzformaten zu nachhaltigen Lehr- und Lernerfolgen führt.

Bericht online:

<https://www.gemandailynews.com/bericht-123176/corona-darf-kein-studium-in-frage-stellen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: M.Nowitzki

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. M.Nowitzki

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619